

ANTRÄGE

1) Generationen - Resourcing

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrte Gäste! In Deutschland gibt es seit einiger Zeit eine sozialpolitische Entwicklung, die auf „Generationen – Resourcing“ setzt.

Die Idee, dass sich die Generationen Jung und Alt vernetzen und gegenseitig Mittel bereit stellen, ist alt, doch wurde diese in Graz nie professionell umgesetzt.

In einigen deutschen vergleichbar großen Städten wie Graz sind Jugend- und Seniorenvereine über die Gemeinde organisiert. Pensionierte Lehrer bieten Schülern gratis Nachhilfe an und junge Menschen geben Senioren die Anleitung im Umgang mit dem Internet oder in der Bedienung von Handys.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Gibt es in Graz auch.

GR. **Hohensinner**: Noch nicht.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Ja, gibt es.

GR. **Hohensinner**: Ich habe nachgefragt im Seniorenbüro und die zuständige Person hat großes Interesse an dieser Geschichte. Vielleicht können wir einmal ein

Gespräch zusammenbringen, Frau Stadträtin. Außerdem referieren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Geschichtsunterricht, sagen Sie jetzt sicher, das gibt es auch schon, aber noch nicht flächendeckend für die Stadt, und junge Bürgerinnen und Bürger organisieren Ausflüge mit Senioren.

Auch ein Generationen–Mentoring wäre anzudenken. Ein Teenager wird von einem älteren Menschen gepusht und umgekehrt. In dieser Ergänzung von Ressourcen steckt ein ungeheuer großes, in Graz bis jetzt kaum organisiertes Potenzial für Alt und Jung. Sie sind vielleicht auch eingeladen da mitzumachen, Frau Stadträtin.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Ich pushe prinzipiell nicht.

GR. **Hohensinner:** Alte Menschen hätten so eine sehr sinnvolle Aufgabe und junge Bürgerinnen und Bürger würden an sozialer Kompetenz gewinnen.

Um solch eine Idee auch sinnvoll umsetzen zu können, bedarf es eines ausgefeilten Konzeptes und der Mithilfe der Stadt.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Dass Jugendamt soll gemeinsam mit dem Seniorenreferat die Möglichkeit einer Umsetzung des im Motivenberichtes beschriebenen Projektes prüfen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Information an GR-Klubs und Ausschussmitglieder über von der Stadt Graz geförderte Fachtagungen

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Graz hat als Bildungsstandort eine jahrhundertelange Tradition. Durch die ständige Ausweitung der hohen Schulen steigt nicht nur das Angebot für unsere Jugend, sondern auch für weiterbildungswillige Erwachsene.

Fachtagungen ermöglichen Wissensaustausch und Fortbildung auf hohem Niveau. Um diese Bildungsangebote zu fördern, gewährt die Stadt Graz dafür Subventionen.

Lebenslanges Lernen und berufsbegleitende Fortbildung sind auch für uns Politiker und Politikerinnen ein Gebot der Stunde. Fachtagungen bieten eine exzellente Möglichkeit, sich über neueste Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zu informieren, um sie in die politische Arbeit einfließen zu lassen. Es ist daher anzustreben, dass alle Gemeinderatsclubs und Mitglieder der jeweiligen Fachausschüsse Einladungen zu allen von der Stadt Graz geförderten Fachtagungen auch tatsächlich erhalten. Ich glaube, das ist nicht uninteressant, was da alles angeboten wird und an uns vorbeigeht, wenn wir die Informationen nicht haben. Zuhören ist auch eine gute Möglichkeit, um zu Informationen zu kommen.

Beispielsweise gab es vorigen Mittwoch in der Fachhochschule eine tolle Enquete "Macht und Ohnmacht in der Jugendwohlfahrt", von der Fachhochschule organisiert,...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Eine Initiative des Amtes für Jugend und Familie.

GRin. **Potzinger**: Eine Initiative des Amtes für Jugend und Familie, daher auch vom Amt für Jugend und Familie finanziell unterstützt. Hochkarätige Referate und Diskussionsbeiträge hätten uns nicht vorenthalten werden sollen. Die wenigsten Gemeinderäte aus dem Jugendausschuss wussten überhaupt davon.

Daher stelle ich namens unserer Fraktion den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, dass in Hinkunft Informationen über von der Stadt Graz geförderte Fachtagungen von den zuständigen Ämtern an alle Gemeinderatsklubs und die Mitglieder der dem Thema entsprechenden Fachausschüsse weiterzuleiten sind. Ich greife jetzt gleich an die Bemerkung von Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl, das sei im Verantwortungsbereich der VeranstalterInnen, die Einladungen weiterzuleiten, da meine ich, man könnte in die Förderkriterien aufnehmen, die VeranstalterInnen bekommen nur dann ein Geld von der Stadt Graz, wenn sie die Information, die Einladung zur Veranstaltung, sofern sie inhaltlich interessant ist für die in dieser Stadt tätigen Politikerinnen und Politiker, zeitgerecht auch an die Klubs und an uns weiterleiten. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Als Bürgermeister von Graz würde ich mir sehr wünschen, dass sowohl die Veranstaltungen, die die Ämter durchführen, die Stadtsenatsmitglieder durchführen, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte durchführen, aber auch Privatpersonen durchführen, möglichst gut kundgetan werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Und auch gut besucht werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und dann auch gut besucht werden, damit wir alle viel dazulernen und ich hoffe, dass damit auch der Antrag eine leichte Antwort finden wird. Das werden wir geschäftsordnungsgemäß dir noch zukommen lassen, wie wir das bestmöglich sicherstellen.

3) Kosten für Heimaufenthalt in städtischen Pflegeheimen

GRin. **Kahr** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Pflegebedürftigen PensionistInnen, bei denen das Sozialamt die Kosten für den Heimaufenthalt übernimmt, steht per Gesetz ein Taschengeld in der Höhe von 20 % der Pension und 41,40 Euro vom Pflegegeld (Stufe 6) zu. Dieses Taschengeld steht den PensionistInnen für persönliche Ausgaben zur Verfügung und ist in der Regel nicht sehr viel. Denn wenn eine sehr hohe Pension vorhanden ist, braucht das Sozialamt keine Kosten übernehmen.

Abgesehen davon, dass auch dieses wenige Geld nicht angespart werden darf für, zum Beispiel, ein Fernsehgerät oder auch für Gehbehelfe usw., sofern eine Sterbeversicherung abgeschlossen wurde, wird dieses Geld in den Geriatrischen Gesundheitsbetrieben auch für die Kosten der Reinigung der Körperwäsche und für Toiletteartikel verwendet.

Dies ist auch in den Statuten der Geriatrischen Gesundheitsbetriebe so verankert. Das Problem dabei, außer dass diese Handhabung nicht sozial ist, ist die Tatsache, dass es juristisch nicht eindeutig abgesichert ist und der Stadt Graz durch einen für die Stadt Graz negativen Bescheid des OGH hohe Summen zur Rückzahlung erwachsen könnten.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Das Statut und die Handhabung sind daher insofern nach sozialen Kriterien abzuändern als dass die so genannten Hotelleistungen der Geriatrischen Gesundheitsbetriebe auch nicht zum Teil durch das den Klienten zu verbleibende Taschengeld gedeckt werden dürfen (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Kombitickets ÖV

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht wieder um die öffentlichen Verkehrsmittel und zwar diesmal um Kombitickets. Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs für die Grazerinnen und Grazer wie auch die BesucherInnen unserer Stadt muss in Zeiten der Feinstaubbelastung eines der höchsten Gebote der städtischen Verkehrspolitik sein. Dabei gilt es, jene Menschen, die schon jetzt auf die Vorteile der öffentlichen Verkehrsmittel vertrauen beziehungsweise angewiesen sind, mit bestmöglichen Angeboten und mit Komfort zu belohnen und jenem Teil der Bevölkerung, der noch nicht auf den ÖV umgestiegen ist, Anreize zu bieten, das raschest nachzuholen.

Diesem Gedanken offenbar folgend, hat auch Stadtrat Rüschi im Frühjahr 2003 für die nächsten fünf Jahre 50% mehr ÖV-NutzerInnen angekündigt, nachzulesen in „Die Steirische“ vom 19.4.2003. Allein, von nichts kommt nichts und so vermissen wir als ein Beispiel von vielen, seit langem ein Angebot attraktiver Kombinationstarife für unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse.

Was uns aus anderen Städten längst vertraut ist, lässt in der ehemaligen Kulturhauptstadt noch immer auf sich warten. Dort gibt es BesucherInnentickets für

TouristInnen, mit denen auch Ausstellungen und Kulturveranstaltungen vergünstigt besucht werden können. Spezielle Wochenendangebote für die ganze Familie, Kombinationstarife für Anfahrt und Eintritt bei größeren Veranstaltungen, Tickets für die Nutzung von Parkplätzen an der Peripherie in Kombination mit einem ÖV-Fahrschein uvm.

Wenn die Stadtverantwortlichen wollen, dass die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in unserer Stadt so selbstverständlich ist wie das Einsteigen in einen Pkw, dann müssen auch Angebote wie die erwähnten selbstverständlich sein.

Aus diesem Grund stelle ich namens der Grünen - ALG den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen der Stadtbaudirektion mögen in Zusammenarbeit mit den GVB und den einzelnen Fahrgastinitiativen der Stadt Graz ein Finanzierungsmodell für ein breites Angebot an ÖV - Kombinationstarifen entwickeln und dieses dem zuständigen Ausschuss zur Beratung vorlegen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Parken für BesucherInnen

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Der zweite Antrag betrifft auch wieder den Verkehr, in dem Fall aber die Blauen Zonen und die Möglichkeit von BesucherInnen, auf diesen Blauen Zonen auch wirklich Parkmöglichkeiten zu finden. Das Problem ist an uns herangetragen worden, dass für BesucherInnen von Privathaushalten, die an Blaue Zonen

angrenzen, keine Möglichkeiten bestehen für längere Zeit ihren Pkw abstellen zu können. Es kann also sein, dass jemand mehrere Tage auf Besuch kommt mit seinem Pkw, weil es nicht anders möglich war und dann große Probleme vorfindet. Dass die Erweiterung der Blauen Zonen nicht flächendeckend für ganz Graz eingeführt wurde, stieß von Anfang an auf Kritik und auf große Skepsis von uns und das auch zu Recht, wie sich immer mehr zeigt. Aber auf dieses Recht würden wir in diesem Fall sogar verzichten. Was die BesucherInnen für die Privathaushalte betrifft, da es nicht sinn und Zweck einer flächendeckenden Kurzparkzone sein kann, jegliche Besuche aus anderen Ländern und Städten zu verunmöglichen, ist eine Lösung anzustreben, die BesucherInnen unsere Stadt mehrtägiges Parken in Kombination mit einem attraktiven Angebot für den öffentlichen Verkehr ermöglicht.

Aus diesem Anlass stelle ich namens der Grünen – ALG den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrat beziehungsweise die GPG GmbH werden beauftragt, entsprechend dem Motivenbericht Modelle zu entwickeln, die einen mehrtägigen Besuch der Stadt Graz mit dem Pkw sowie eine kostengünstige, attraktive Nutzung des ÖV ermöglicht (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Kollege Rüschi arbeitet ja schon an diesem Projekt jetzt, dass man auch ohne Befristung de facto als Pendler und Besucher auch eine Karte bekommen soll, auch für Pendler wird es wichtig werden, weil die auch vertrieben sind im Moment durch die Blauen Zonen und das Gesetz bietet uns einige Möglichkeiten. Sobald da eine Möglichkeit ausgearbeitet ist, werden wir Sie davon verständigen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.